

NEWSLETTER APRIL 2023



Newsletter des Deutsch-französischen Büros für die Energiewende

Termine

17. April 2023 | Hannover

Side Event auf der Hannover Messe: Die Dekarbonisierung der Industrie

11. Mai 2023 | Online

Online-Konferenz: Geschäftsmodelle für Biomethan: Erzeugung, Anwendungen, Finanzierung

24. Mai 2023 | Essen

Side Event auf der E-World: Zukunftsperspektiven für die Strommärkte: Welches Marktdesign soll die Finanzierung von Erneuerbare-Energien-Projekten sicherstellen? Politik in Kürze

> alle Artikel lesen

Europa

- EU-Kommission präsentiert Vorschläge zur Strommarktreform
- EU-Kommission: Vorschläge für eine Netto-Null-Industrie
- Kommission: Erleichterung staatlicher Beihilfen für die Industrie
- Rat der EU-Energieminister: Hauptergebnisse
- Veröffentlichung des sechsten Sachstandsberichts des Weltklimarats

Frankreich

- EE-Beschleunigungsgesetz: Ergebnis der Prüfung durch Verfassungsrat
- Kernkraft-Beschleunigungsgesetz in Nationalversammlung verabschiedet
- Bericht über die öffentliche Konsultation zum Energiemix

Deutschland

- Hauptergebnisse des Koalitionsausschusses
- BMWK-Werkstattbericht "Wohlstand klimaneutral erneuern"
- UBA: Deutsche Treibhausgasemissionen sanken 2022 um 1,9 %
- Grüner Wasserstoff: Deutsch-dänisches Abkommen für 2028

Frneuerbarer Strom & Netze

> alle Artikel lesei

Das DFBEW

Aktive Beiträge des DFBEW

Das DFBEW in der Presse

Die neuesten Publikationen des DFBEW

Neue Mitglieder

- BEE
- Energy Pool
- Hydrogène de France

Veranstaltungen und Publikationen der DFBEW-Mitglieder

Frankreich

- CRE: Bericht zur Reformierung des Strommarkts
- RTE: Winterbericht und Konsultation zu Strom-Szenarien bis 2035
- Solarenergie: Aktueller Stand der installierten Leistung und neue Tarife
- Windenergie: Ausschreibungsergebnisse und Beschleunigungsplan

Deutschland

- Beratungen zur Beschleunigung des EE-Ausbaus
- BNetzA: Ausschreibungsergebnisse und Anhebung der Höchstwerte
- Offshore: Neue Ausschreibungen und Pläne zur Vernetzung
- Spatenstich für SuedOstLink und Entwurf zum Netzentwicklungsplan
- Onshore: Deutscher Wetterdienst gibt Flächen für Windkraft frei

Energieeffizienz & Wärme

> alle Artikel leser

Europa

- Einigung von Parlament und Rat bei der EU-Energieeffizienzrichtlinie
- Europäisches Parlament einigt sich auf Position zur Gebäuderichtlinie

Frankreich

• Öffentliche Anhörung: Label "Hohe Energieeffizienz bei Renovierungen"

Deutschland

• BMWK und BMWSB: Konkretisierung der Maßnahmen zum erneuerbaren Heizen

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages



Impressum

Deutsch-französisches Büro für die Energiewende | Office franco-allemand pour la transition énergétique Scharnhorststr. 34-37, 10115 Berlin, Deutschland www.dfbew.eu

Autoren

Sixtine Causse, Lucie Lochon, Svenja Mewesen, Etienne Michel, Tim Niehues

Kontakt

Elena Albers: elena.albers@developpement-durable.gouv.fr

Deutsch-französisches Büro für die Energiewende

Aktive Beiträge des DFBEW

Agrivoltaics in Germany and France: Potentials and Challenges: Am 14. März moderierte Catherine Rollet ein Webinar zum Thema "Agrivoltaics in Germany and France: Potentials and Challenges," das in Kooperation mit Intersolar Europe organisiert wurde. In diesem Webinar erläuterten Magalie Dejoux (De Gaulle Fleurance et Associés) und Tobias Keinath (Fraunhofer ISE) das Potenzial und die Herausforderungen der Agri-PV in Frankreich und Deutschland. Darüber hinaus hat Anne-Sophie Robin von TotalEnergies einen Erfahrungsbericht zu Agrivoltaikprojekten gegeben. Die Aufzeichnung und die Präsentationsfolien des Webinars (in englischer Sprache) sind auf der Intersolar-Website verfügbar.

Das DEBEW in der Presse

<u>"Flexibilisierung: Fraunhofer IEE fordert Netzentgeltreform"</u>: Im Rahmen der DFBEW-Konferenz zu den Flexibilitäten im Stromsystem ist am 23. März 2023 ein Artikel von Nils Eckardt im energate messenger erschienen. <u>Den Beitrag lesen.</u>

Die neuesten Publikationen des DFBEW

Das Deutsch-französische Büro für die Energiewende (DFBEW) hat seinen Mitgliedern im Verlauf der vergangenen Wochen mehrere neue Publikationen zur Verfügung gestellt, die im Folgenden aufgelistet sind. Die Zusammenfassungen von Konferenzen und Übersetzungen, die den Mitgliedern des DFBEW vorbehalten sind, können erst nach Anmeldung im Mitgliederbereich der Webseite des DFBEW heruntergeladen werden:

- <u>Energieflussdiagramme</u> für Deutschland und Frankreich
- Aktualisierung des <u>Memos</u> zum Osterpaket: Die wichtigsten neuen Gesetzesmaßnahmen für die erneuerbaren Energien (auf Französisch)
- Externe Hintergrundpapiere zum Thema Datenschutz und intelligente Netze in Deutschland und Frankreich
- <u>Espresso</u> zum französischen Gesetz zur Beschleunigung erneuerbarer Energien
- <u>Zusammenfassung</u> der Konferenz zu Finanzierungsmodellen für Onshore-Windenergie-Projekte: Ausschreibungen oder Finanzierung ohne Förderung?
- Zusammenfassung der Online-Konferenz zu Offshore-Windenergie: Fördermechanismen und Geschäftsmodelle
- Espresso zum Sachstand zur Neuverhandlung der vor 2011 abgeschlossenen PV-Einspeisevergütungen
- Espresso zu den ersten Ausschreibungen für den Import von grünen Wasserstoffderivaten (auf Französisch)
- <u>Espresso</u> zur Erlösabschöpfung bei Erneuerbare-Energien-Anlagen im Rahmen der Strompreisbremse (auf Französisch)



Europa

EU-Kommission präsentiert Vorschläge zur Strommarktreform



Am 14. März hat die EU-Kommission ihre <u>Vorschläge</u> (auf Englisch) zur Reform des europäischen Strommarktdesigns vorgestellt (<u>Pressemitteilung</u>). Hauptziel der Reform ist der Schutz von Verbrauchern vor Preisschwankungen, eine Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien sowie ein

schnellerer Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger. So sollen etwa verbesserte Bedingungen für die Schließung von Stromdirektabnahmeverträgen (*Power Purchase Agreements*, PPA), wie zum Beispiel durch die Einführung staatlicher Garantiemechanismen, zur Stabilisierung der Strompreise beitragen. Die künftige öffentliche Förderung nicht-fossiler Energieerzeugung, also erneuerbarer Energien und Kernkraft, soll durch zweiseitige Differenzverträge (*Contracts for Difference*, CfD), in deren Rahmen die Mitgliedstaaten Übergewinne an die Haushalte weitergeben, erfolgen. Zudem sollen Maßnahmen, wie die Einführung standardisierter Lastspitzenkappungs-Produkte (*Peak Shaving*), die von den Übertragungsnetzbetreibern angeboten werden sollen, oder die Möglichkeit für Mitgliedstaaten, nationale Förderprogramme zur Vergütung von Stromspeichern und Nachfragesteuerung (*Demand-Side-Management*) einzuführen, die Flexibilisierung des europäischen Stromsystems beschleunigen. Weitere Punkte des Vorschlags betreffen unter anderem Transparenzpflichten für Netzbetreiber sowie Maßnahmen zur Erleichterung des untertägigen Stromhandels. Die Vorschläge werden nun vom Rat sowie vom EU-Parlament diskutiert.

EU-Kommission: Vorschläge für eine Netto-Null-Industrie



Am 16. März hat die EU-Kommission einen Vorschlag für eine Netto-Null-Industrie-Verordnung veröffentlicht (<u>Pressemitteilung</u>). Diese ist Teil des im Februar vorgestellten Industrieplans im Rahmen des Europäischen Grünen Deals (siehe <u>DFBEW-Newsletter von März 2023</u>) und zielt darauf ab, die Produktion sauberer Technologien in der EU auszubauen. Sie soll dazu beitragen, die hohe Importab-

hängigkeit der EU zu reduzieren und die Produktionskapazität für strategisch wichtige CO₂-neutrale Technologien bis 2030 auf mindestens 40 % des Bedarfs der EU zu bringen. Die Verordnung betrifft verschiedene Technologien wie beispielsweise Photovoltaik und Solarthermie, Onshore-Windenergie und erneuerbare Offshore-Energie, Wärmepumpen und geothermische Energie sowie Biogas und Biomethan. Darüber hinaus hat die EU-Kommission eine Regulierung für kritische Rohstoffe, den *European Critical Raw Materials Act* (auf Englisch) vorgestellt. Dieser Verordnungsvorschlag zielt darauf ab, Lieferketten für kritische Rohstoffe in der EU zu diversifizieren und widerstandsfähiger zu machen. Er enthält unter anderem eine aktualisierte Liste kritischer Rohstoffe sowie eine Liste strategisch besonders relevanter Rohstoffe. Zudem setzt er konkrete Richtwerte für die inländischen Kapazitäten und für die Diversifizierung der Versorgung der EU bis 2030 fest. Am selben Tag veröffentlichte die EU-Kommission eine Mitteilung (auf Englisch) zum Aufbau einer europäischen Wasserstoffbank vor. Bis Ende des Jahres 2023 soll die Wasserstoffbank dazu bereit sein, ihre Geschäfte aufzunehmen.



Kommission: Erleichterung staatlicher Beihilfen für die Industrie



Im Zuge des am 1. Februar 2023 vorgestellten <u>Industrieplans für den Grünen Deal</u> (siehe <u>DFBEW-Newsletter von März 2023</u>) hat die Europäische Kommission am 9. März einen neuen vorläufigen Krisen- und Übergangsrahmen vorgestellt (<u>Temporary Crisis and Transition Framework</u>, TCTF, auf Englisch). Dieser regelt die staatlichen Beihilfen. Er ermöglicht bis zum 31. Dezember 2023 vorübergehende staatliche

Unterstützungen für Unternehmen und sieht bis zum 31. Dezember 2025 konkrete Maßnahmen zur Beschleunigung des Übergangs zu einer CO_2 -neutralen Wirtschaft vor:

- Verlängerung der Möglichkeit zur Gewährung staatlicher Zuschüsse bis Ende 2025
- Erleichterung des Zugangs zu Beihilfen und Erweiterung der begünstigten Technologien
- Einführung neuer Maßnahmen zur Beschleunigung von Investitionen diese können beispielsweise in Fällen mobilisiert werden, in denen internationale Konkurrenz von vergleichbaren Unterstützungen profitieren würde (wie etwa im Falle des US-amerikanischen Inflation Reduction Act)

Diese Hilfen können gewährt werden, um die Produktion von Solarmodulen, Batterien, Windturbinen und anderen erneuerbaren oder *Carbon Capture* Anlagen zu sichern und zu beschleunigen.



Rat der EU-Energieminister: Hauptergebnisse



Am 28. März haben die EU-Energieminister formell die <u>Verordnung</u> zur Verschärfung der CO₂-Emissionsnormen für neue PKW und leichte Nutzfahrzeuge verabschiedet (<u>Pressemitteilung</u>). Als Teil des *Fit for 55*-Pakets (siehe <u>DFBEW-Newsletter von September 2021</u>) legt der Text unter

anderem fest, dass ab 2035 nur noch PKW und Kleinlaster neu zugelassen werden dürfen, die emissionsfrei, also durch Batterien oder klimaneutral hergestellte synthetische Kraftstoffe, sogenannte E-Fuels, betrieben werden. Darüber hinaus werden Zwischenziele für den Klimaschutz im Verkehrssektor festgelegt, darunter die Senkung der CO₂-Emissionen von Neuwagen um 55 % bis 2030 (im Vergleich zu 2021). Die Verordnung wird nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten. Ebenso haben die EU-Energieminister zudem eine allgemeine Ausrichtung zum Gaspaket verabschiedet und eine erste Debatte über den Vorschlag der EU-Kommission zur Reform des Strommarktes geführt. Am 30. März haben das Europäische Parlament und der Rat der EU außerdem eine vorläufige politische Einigung im Hinblick auf die EU-Richtlinie für Erneuerbare Energien (*Renewable Energy Directive*, RED) erzielt (Pressemitteilung). Im Rahmen der Einigung, wird das Ziel für den Anteil von EE am Gesamtenergieverbrauch der EU bis 2030 auf 42,5 % angehoben . Darüber hinaus soll der Anteil von Wasserstoff aus erneuerbaren Kraftstoffen der in der Industrie verwendet wird, bis 2030 zu 42 % und bis 2035 zu 60 % aus erneuerbaren Kraftstoffen nicht biogenen Ursprungs hergestellt werden soll.

Veröffentlichung des sechsten Sachstandsberichts des Weltklimarats

Der Weltklimarat (*Intergovernmental Panel on Climate Change*, IPCC) hat am 20. März 2023 seinen sechsten Sachstandsbericht (auf Englisch) veröffentlicht. Dem Bericht zufolge war das Jahrzehnt von 2011 bis 2020 das wärmste seit 125.000 Jahren, was hauptsächlich auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen sei. Die Wahrscheinlichkeit, dass die globale Erwärmung im Vergleich zum Zeitraum 1850-1900 mehr als 1,5 °C betragen wird, liegt je nach Szenario zwischen 40 und 60 %. Die derzeit verfolgte Politik würde bis zum Ende des Jahrhunderts zu einer globalen Erwärmung von 2,4 °C bis 3,5 °C führen. Die IPCC-Experten betonen zwar die Notwendigkeit kurzfristiger Maßnahmen, sind aber der Ansicht, dass eine klimaresiliente Entwicklung auch die Anpassung an den Klimawandel und dessen Abschwächung integrieren müsse und eine verstärkte internationale Zusammenarbeit erfordere. Dies sei insbesondere durch eine höhere Finanzierung von Anpassungs- und Abschwächungsmaßnahmen möglich, ebenso wie durch die Unterstützung von technologischer Innovation.

Frankreich

EE-Beschleunigungsgesetz: Ergebnis der Prüfung durch Verfassungsrat



Der französische Verfassungsrat (*Conseil constitutionnel*) hat am 9. März seine Entscheidung (auf Französisch) bezüglich der von den Parteien *Rassemblement National* und *Les Républicains* eingereichten Klagen gegen das Gesetz zur Beschleunigung der Erzeugung erneuerbarer Energien (*Loi relative à l'accélération de la production d'énergies renouvelables*) bekanntgegeben (siehe

<u>DFBEW-Newsletter von März 2023</u>). Der Verfassungsrat stellte für viele wichtige Artikel, wie beispielsweise den Artikel 19 zum überragenden öffentlichen Interesse für erneuerbare Energien, fest, dass diese verfassungskonform sind. Er sprach jedoch auch einigen Artikeln die Verfassungskonformität ab. Das finale <u>Gesetz</u> (auf Französisch) wurde am 10. März verkündet und am 11. März im Amtsblatt der Regierung (*Journal Officiel*) veröffentlicht. Das DFBEW hat einen <u>Espresso</u> zu dem Gesetz geschrieben, der die wichtigsten Informationen zusammenfasst.

Kernkraft-Beschleunigungsgesetz in Nationalversammlung verabschiedet



Die Nationalversammlung hat am 21. März den <u>Gesetzentwurf</u> (auf Französisch) zur Beschleunigung der Verfahren im Zusammenhang mit dem Bau neuer kerntechnischer Anlagen in der Nähe bestehender kerntechnischer Standorte und dem Betrieb bestehender Anlagen (*Projet de loi relatif à l'accélération des procédures liées à la construction de nouvelles installations nucléaires à proximité de sites nucléaires*

existants et au fonctionnement des installations existantes) in erster Lesung angenommen. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem die vorübergehende Vereinfachung von Genehmigungsverfahren für den Bau neuer Kernreaktoren an bereits bestehenden Kernkraftwerksstandorten vor. Im Rahmen des im Jahr 2015 unter der Regierung Valls verabschiedeten Energiewendegesetzes (Loi relative à la transition énergétique pour la croissance verte, LTECV, auf Französisch) wurde beschlossen, den Anteil der Kernkraft am französischen Strommix von ca. 75 % bis 2025 auf 50 % zu begrenzen. Im Jahr 2019 hatte die Regierung Philippe dieses Ziel auf 2035 verschoben. Im nun verabschiedeten Entwurf wird das 50 Prozent-Ziel gestrichen. Außerdem wurde eine umstrittene strukturelle Reform der nuklearen Sicherheitsüberwachung aus dem Entwurf gestrichen, die jedoch Teil der im Januar vom Senat verabschiedeten Version ist. Als nächstes soll im Rahmen eines Vermittlungsausschusses (Commission mixte paritaire) ein Kompromiss zwischen den von Senat und Nationalversammlung verabschiedeten Entwürfen erarbeitet werden.

lack

Bericht über die öffentliche Konsultation zum Energiemix



Der nationale Anhörungsausschuss (*Commission Nationale du Débat Public*, CNDP) hat am 9. März seinen <u>Abschlussbericht</u> (auf Französisch) über die Konsultation zum Energiemix in Frankreich vorgelegt, die vom 20. Oktober 2022 bis zum 6. Februar 2023 stattgefunden hat (siehe <u>DFBEW-Newsletter von November 2022</u>). Die Bürger konnten sich zu Themen wie Energieverbrauch, Energieerzeugung und

Planung, Steuerung und Finanzierung der Energiewende mithilfe einer partizipativen Online-Plattform, einer *Tour de France* durch die Regionen und eines Jugendforums äußern. Die Konsultation zeigte, dass die Teilnehmer erneuerbare Energien und Nuklearenergie nicht als Gegensätze verstehen und eher für eine allgemeine Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen plädieren. Es bestand ein Konsens über die hohe Bedeutung von Energieeinsparung und darüber, dass dieses Ziel von Staat, Gebietskörperschaften, Unternehmen gleichermaßen verfolgt werden müsse und nicht ausschließlich von Einzelpersonen. Eine weitere Erkenntnis des Berichts bezieht sich auf die Notwendigkeit, die Bedürfnisse klar zu definieren, bevor der Strommix festgelegt wird. Die Ergebnisse dieses Abschlussberichts sollen in den bis zum 1. Juli 2023 vorzulegenden Gesetzentwurf zum Energie- und Klimaprogramm (*loi de programmation sur l'énergie et le climat*, LPEC) sowie in die für 2024 geplante Überarbeitung der mehrjährigen Programmplanung für Energie (*programmation pluriannuelle de l'énergie*, PPE) integriert werden.



Deutschland

Hauptergebnisse des Koalitionsausschusses



Am 28. März haben sich die Mitglieder des Koalitionsausschusses von SPD, den Grünen und der FDP auf ein <u>Modernisierungspaket für Klimaschutz und Planungsbeschleunigung</u> geeinigt, das folgende Punkte enthält: eine Novelle des <u>Bundes-Klimaschutzgesetzes</u>, Maßnahmen zur Beschleunigung von

Planungs- und Genehmigungsverfahren, zur Beschleunigung und Effektivierung des Naturschutzes, Klimaschutz im Verkehr mit einer Stärkung des Schienennetzes und des öffentlichen Verkehrs, die Nutzung synthetischer Kraftstoffe sowie eine Novelle des <u>Gebäudeenergiegesetzes</u> (siehe Artikel unten). Eine der wichtigsten Änderungen besteht darin, dass die jährlichen CO₂-Emissionsziele für die einzelnen Sektoren abgeschafft und durch sektorübergreifende und mehrjährige Gesamtrechnungen ersetzt werden. Für den Ausbau erneuerbarer Energien sollen zusätzliche Flächen zur Verfügung gestellt werden und Kommunen und Länder mehr Handlungsspielraum bei der Flächenbereitstellung für Onshore-Windenergieanlagen erhalten. Darüber hinaus wurde auch eine Überarbeitung des <u>Bundesimmissionsschutzgesetzes</u> (BImSchG) angekündigt.

BMWK-Werkstattbericht "Wohlstand klimaneutral erneuern"



Am 9. März stellte der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, einen Werkstattbericht mit dem Titel "Wohlstand klimaneutral erneuern" vor. Im Bericht werden die wesentlichen Ziele, der aktuelle Stand und die nächsten Schritte auf dem Weg zur Klimaneutralität

Deutschlands bis 2045 zusammengefasst. Das BMWK nimmt dabei die Erneuerung sowohl der Energieversorgung als auch der industriellen Wertschöpfung in den Blick. Zu den aufgeführten Maßnahmen zählen unter anderem eine Windan-Land-Strategie und ein Solarpaket (siehe Artikel unten), eine bis zum Sommer 2023 zu erarbeitende Kraftwerksstrategie, die vorgezogene Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) zur Förderung der Wärmewende (siehe Artikel unten), ein Wasserstoffbeschleunigungsgesetz und eine Wasserstoff-Importstrategie. Darüber hinaus plant das BMWK eine neue Industriestrategie und möchte als zentrales Instrument Klimaschutzverträge einführen, damit Produktionsprozesse dekarbonisiert werden können. Außerdem werde derzeit ein Stufenmodell für einen Industriestrompreis erarbeitet. In diesem Rahmen sollen auch Möglichkeiten zur Unterstutzung von Stromdirektabnahmeverträgen (*Power Purchase Agreements*, PPA) zwischen Industrieverbrauchern und Erneuerbare-Energien-Anlagen untersucht werden.

UBA: Deutsche Treibhausgasemissionen sanken 2022 um 1,9 %



Am 15. März stellte das Umweltbundesamt (UBA) seine Berechnungen der deutschen Treibhausgasemissionen im Jahr 2022 vor (<u>Pressemitteilung</u>). Diese beliefen sich auf 746 Mio. t CO₂-Äquivalente und sind somit im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 % gesunken. Der Rückgang der

Emissionen gegenüber dem Jahr 2021 belief sich auf 15 Mio. t. Mit Blick auf einzelne Sektoren lässt sich feststellen, dass der Energiesektor einen Anstieg der Emissionen von 10,7 Mio. t auf 256 Mio. t CO₂-Äquivalente zu verzeichnen hat. Dies sei unter anderem auf den vermehrten Einsatz von Stein- und Braunkohle zur Stromerzeugung zurückzuführen, um den geringeren Verbrauch von Erdgas auszugleichen (-10,8 % im Vergleich zu 2021). Auch sei eine erhöhte Stromerzeugung zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit im europäischen Ausland, unter anderem. in Frankreich, nötig gewesen. Durch einen gleichzeitigen Anstieg der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien um 9 % im Vergleich zum Vorjahr ließen sich die Steigerungseffekte der Treibhausgasemissionen allerdings begrenzen. Der Energiesektor habe damit insgesamt die Emissionsvorgaben des Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG) von 257 Mio. t für 2022 knapp erfüllt. In den Sektoren Verkehr und Gebäude wurden die Jahresemissionsmengen laut UBA hingegen überschritten.

Grüner Wasserstoff: Deutsch-dänisches Abkommen für 2028



Am 24. März haben Deutschland und Dänemark ein Kooperationsabkommen (auf Englisch) abgeschlossen, um bis 2028 eine Infrastruktur für den Transport von grünem Wasserstoff zwischen den beiden Ländern aufzubauen. Hintergrund der Vereinbarung ist, dass Dänemark bis 2030 mit einer Elektrolysekapazität von 4 bis 6 GW zum Nettoexporteur von grünem Wasserstoff werden möchte, während die Nachfrage in

Deutschland in den kommenden Jahren steigen wird. Die Vertragspartner beabsichtigen, die Entwicklung der erforderlichen Infrastruktur unter der Leitung eines grenzüberschreitenden Lenkungsausschusses zu unterstützen. Die Prioritäten bestehen darin, die Begleitung und Koordinierung der Betreiber von Wasserstoffanlagen sowie der potenziellen Nutzer bei der Planung und Realisierung von Wasserstoffprojekten zu gewährleisten, sie bei der Beantragung von EU-Fördermitteln zu unterstützen und zu einer koordinierten Umsetzung der nationalen und europäischen Regulierungsrahmen beizutragen. Um den Informationsaustausch zu erleichtern, werden Veranstaltungen, Workshops und gemeinsame Treffen von zuständigen Behörden und Akteuren, auch aus dem Privatsektor organisiert.

Frankreich

CRE: Bericht zur Reformierung des Strommarkts



Die französische Energieregulierungsbehörde (Commission de régulation de l'énergie, CRE) hat am 8. März 2023 einen akademischen Bericht (auf Englisch) zu den Möglichkeiten zur Reformierung des europäischen Strommarktes veröffentlicht, erstellt von elf Experten aus Europa und den USA. In dem

Papier, das im Vorfeld an die am 16. März von der Europäischen Kommission veröffentlichten Vorschläge für eine Marktreform (siehe Artikel oben) vorgestellt wurde, wird vorgeschlagen, den langfristigen Stromhandel zu stärken, anstatt in den kurzfristigen Stromhandel einzugreifen. Demnach sollen Differenzverträge (Contracts for Difference, CfD), Terminkontrakte (Future Contracts) oder Stromdirektabnahmeverträge (Power Purchase Agreements, PPA) auf alle Arten der Stromerzeugung angewendet werden können. CfDs sollen laut den Vorschlägen zum Beispiel auch auf Strom aus Kernkraftwerken ausgeweitet werden können.

Weitere Punkte des Berichts sind der begrenzte Nutzen eines europaweiten Kapazitätsmechanismus, die Bewältigung von Netzengpässen durch nodale Preise und die Notwendigkeit, die makroökonomische Dimension von fluktuierenden Strompreisen und ihre Auswirkungen auf die Industrie zu berücksichtigen. Schließlich wird die Abschöpfung von Übergewinnen inframarginaler Stromerzeuger im Bericht als notwendige Krisenreaktionsmaßnahme bezeichnet, die jedoch vorübergehend bleiben sollte.

RTE: Winterbericht und Konsultation zu Strom-Szenarien bis 2035

eines widrigen internationalen Umfelds).



Der französische Übertragungsnetzbetreiber Réseau de Transport d'Électricité (RTE) hat am 16. März die Bilanz (auf Französisch) für den Winter 2022-2023 veröffentlicht. Trotz der Energiekrise konnte die Versorgungssicherheit gewährleistet werden. Neben den eher milden Wetterbedingungen waren es v.a. der Rückgang des Stromverbrauchs sowie der Handel zwischen den EU-Ländern, die es ermöglicht haben, insgesamt 12 rote

EcoWatt-Signale zu vermeiden (siehe DFBEW-Newsletter von Oktober 2022). Witterungsbereinigt sank der Stromverbrauch zwischen Oktober und Februar um 9 % im Vergleich zu den Durchschnittswerten der Winter vor der Krise. Im Rahmen der Verabschiedung des Gesetzes zur Planung für Energie und Klimaschutz (Loi de programmation sur le climat et l'énergie, LPEC) bis zum 1. Juli wird RTE Szenarien für die Entwicklung des Stromsystems bis 2035 veröffentlichen, mit besonderem Fokus auf das Jahr 2030. Im Zeitraum vom 28. Februar bis zum 28. März hat RTE eine öffentliche Beteiligung über den Rahmen dieser Studie durchgeführt (Link, auf Französisch). Demnach soll die Studie drei Szenarien beinhalten, davon abhängig, inwieweit die Ziele für die Transformation des Energiemixes erreicht wurden: erfolgreiche Beschleunigung (Accélération réussie, Verfolgung der Ziele des Fit for 55-Pakets der EU), teilweise Erreichung (Atteinte partielle, Verfolgung der Ziele von Fit for 55 mit leichter Verzögerung) und vertane Globalisierung (Mondialisation contrariée, Erreichung der mittelfristigen Ziele trotz eines verschlechterten makroökonomischen Rahmens und

Solarenergie: Aktueller Stand der installierten Leistung und neue Tarife



Das Ministerium für den energetischen Wandel (*Ministère de la Transition énergétique*, MTE) hat die <u>Bilanz</u> (auf Französisch) für erneuerbare Energien für das vierte Quartal 2022 veröffentlicht. Am 31. Dezember 2022 verfügte Frankreich über eine installierte Solarenergieleistung von 16,3 GW, gegenüber

knapp 14 GW am 31. Dezember 2021. Sie stellte im Jahr 2022 19,1 TWh der Stromerzeugung in Frankreich dar, gegenüber 14,7 TWh im Jahr 2021. 90 % der neu angeschlossenen Erzeugungseinheiten haben eine Leistung von weniger als 9 kW. Nach dem Änderungserlass S21 (auf Französisch) vom 8. Februar 2023 zur Festlegung der Bedingungen für den Ankauf von Strom aus PV-Anlagen mit einer installierten Leistung bis 500 kW hat die französische Regulierungsbehörde für Energie (*Commission de régulation de l'énergie*, CRE) die für das vierte Quartal 2022 und das erste Quartal 2023 geltenden Tarife veröffentlicht (auf Französisch). Die wichtigste Änderung ist die Einführung einer neuen Indexierungsberechnung, die die Auswirkungen der Inflation berücksichtigt.

Windenergie: Ausschreibungsergebnisse und Beschleunigungsplan



Das französische Ministerium für den energetischen Wandel (*Ministère de la Transition énergétique*, MTE) hat am 21. März die <u>Ergebnisse</u> (auf Französisch) der dritten Ausschreibung "PPE2" für Windenergie an Land veröffentlicht. Bei einer ausgeschriebenen Menge von etwa 925 MW, wurden 60 Angebote mit einem Gesamtvolumen von 944,2 MW eingereicht. Lediglich vier Gebote mit einer Gesamtleistung

von 57,6 MW wurden bezuschlagt. Der durchschnittliche Zuschlagswert betrug 7,64 ct/kWh. Laut dem <u>Analysebericht</u> (auf Französisch) der französischen Regulierungsbehörde für Energie (*Commission de régulation de l'énergie*, CRE) wurden 47 Angebote aufgrund der Nichteinhaltung der Finanzgarantieklausel nicht bezuschlagt, was zu einer geringen bezuschlagten Volumen in dieser Ausschreibung geführt hat.

Um die Ausbauziele für Offshore-Windenergie zu erreichen, die eine installierte Leistung von 18 GW im Jahr 2035 und von 40 GW im Jahr 2050 vorsehen, hat die Ministerin für den energetischen Wandel, Agnès Pannier-Runacher, am 27. März einen Offshore-Beschleunigungsplan (auf Französisch) vorgestellt. In diesem Rahmen wurde unter anderem das Offshore-Windprojekt Centre Manche I mit einer Leistung von 1 GW an das Konsortium Éoliennes en Mer Manche Normandie bestehend aus EDF Renouvelables und Maple Power vergeben. Die geplante Inbetriebnahme ist für das Jahr 2031 vorgesehen. Das MTE hat auch eine öffentliche Konsultation (auf Französisch) für die Beschleunigung des Ausbaus der Offshore-Windenergie eingeleitet, die bis zum 12. Juni 2023 läuft. Die Konsultation umfasst zwei Schwerpunkte: Wettbewerb und öffentliche Förderung. Weitere Zuschläge für Offshore-Windprojekte sind bis Ende 2023 in der Südbretagne (AO5) und bis Anfang 2024 auf der Île d'Oléron (AO7) und in der Normandie (AO8) geplant.



Deutschland

Beratungen zur Beschleunigung des EE-Ausbaus



Am 10. März hat der erste Photovoltaik-Gipfel stattgefunden, an dem auf Einladung des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, Vertreter von Verbänden und Bundesländern teilnahmen (<u>Pressemitteilung</u>). Beim Gipfel wurde darüber diskutiert, wie der Ausbau der

Photovoltaik in Deutschland beschleunigt werden kann, um das im Rahmen des <u>Erneuerbare-Energien-Gesetzes</u> definierte Etappenziel von 215 GW installierter PV-Leistung bis 2030 (Ende 2022 ca. 66,5 GW) zu erreichen. In diesem Rahmen stellte das BMWK den Entwurf einer <u>PV-Strategie</u> vor, für die nun eine öffentliche Konsultation durchgeführt werden soll. Die Kernpunkte der Strategie umfassen unter anderem die Erleichterung der Installation von PV-Aufdachanlagen, den stärkeren Ausbau von Freiflächenanlagen sowie die Vereinfachung der Regelungen zum Mieterstrom und zur gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung.

Am 22. März fand darauf aufbauend dasselbe Format für die Beschleunigung des Windenergieausbaus statt (Pressemitteilung). Im Rahmen des ersten Windgipfels wurden vom BMWK mehrere Maßnahmen und Handlungsfelder vorgestellt, die in den kommenden Wochen mit den Landes- und Branchenvertretern diskutiert werden sollen. Der BMWK-Entwurf eines Eckpunktepapiers umfasst unter anderem Maßnahmen zur Finanzierung, zur Erleichterung von Stromdirektabnahmeverträgen und Repowering, zur Flächensicherung sowie zum zügigen Transport von Windenergieanlagen. Im Rahmen eines zweiten Windgipfels, der noch in diesem Frühjahr stattfinden soll, soll eine finale Wind-an-Land-Strategie vorgestellt werden.

Im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz am 16. März wurden ebenfalls mehrere energiepolitisch relevante <u>Beschlüsse</u> gefasst. So forderten die Regierungschefs der Länder zum Beispiel die Einführung eines Industriestrompreises zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Zudem wurde gefordert, den im November letzten Jahres begonnenen Prozess zur Erarbeitung des Paktes für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung zeitnah zu finalisieren, um einen schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland zu gewährleisten.

BNetzA: Ausschreibungsergebnisse und Anhebung der Höchstwerte



Am 1. März 2023 hat die Bundesnetzagentur (BNetzA) das <u>Ergebnis</u> der Ausschreibung vom Gebotstermin am 1. Februar für Windenergieanlagen an Land veröffentlicht. Die Ausschreibung war unterzeichnet. Bei einer ausgeschriebenen Menge von 3.210 MW, wurden 126 Angebote mit einem

Gesamtvolumen von 1.501 MW eingereicht. 119 Gebote mit einer Gesamtleistung von circa 1.441 MW wurden letztlich bezuschlagt. Die bezuschlagten Gebotswerte lagen zwischen 7,24 ct/kWh und 7,35 ct/kWh. Der durchschnittliche mengengewichtete Zuschlagswert betrug 7,34 ct/kWh gegenüber 5,87 ct/kWh in der vorherigen Periode. Am 1. März 2023 hat die BNetzA außerdem das Ergebnis der Ausschreibung, ebenfalls vom Gebotstermin am 1. Februar, für PV-Anlagen des zweiten Segments (auf Gebäuden und Lärmschutzwänden) veröffentlicht. Bei einer ausgeschriebenen Menge von circa 216,6 MW wurden 94 Angebote mit einem Gesamtvolumen von 212,7 MW eingereicht. 87 Gebote mit einer Gesamtleistung von 194,9 MW wurden letztlich bezuschlagt. Die bezuschlagten Gebotswerte lagen zwischen 9 ct/kWh und 11,25 ct/kWh. Der durchschnittliche mengengewichtete Zuschlagswert betrug 10,87 ct/kWh gegenüber 8,74 ct/kWh in der vorherigen Periode.

Um die gestiegenen Kosten für die Errichtung und den Betrieb von Biomasseanlagen zu berücksichtigen, hat die BNetzA die <u>Höchstwerte für Ausschreibungen</u> für 2023 erhöht. Sie betragen 17,67 ct/kWh für Neuanlagen und 19,83 ct/kWh für bestehende Anlagen, gegenüber 16,24 ct/kWh und 18,22 ct/kWh im Jahr 2022.

Offshore: Neue Ausschreibungen und Pläne zur Vernetzung



Am 27. Februar hat die Bundesnetzagentur (BNetzA) die Ausschreibung für zentral voruntersuchte Flächen gestartet. Es wurden insgesamt 1.800 MW ausgeschrieben, die sich auf vier Flächen in der Nordsee verteilen (<u>Pressemitteilung</u>). Die Ausschreibung läuft bis zum 1. August 2023 und ergänzt die Ausschrei-

bung von 7.000 MW für nicht zentral voruntersuchte Flächen in Nord- und Ostsee, die bis zum 1. Juni läuft (<u>Pressemitteilung</u>). Diese zwei Ausschreibungsmodelle wurde mit der Neufassung des <u>Windenergie-auf-See-Gesetzes</u> (WindSeeG) eingeführt. Darüber hinaus haben das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und drei der vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (50Hertz, Amprion und TenneT) am 27. Februar die ersten Pläne für die Vernetzung von Offshore-Windparks in der Nordsee veröffentlicht (<u>Pressemitteilung</u>). Die Pläne sehen unter anderem Netzanbindungen für Offshore-Windparks mit einer Leistung von 10 GW vor. Sie zielen zudem darauf ab, den Stromaustausch unter anderem mit Dänemark und den Niederlanden durch hybride Interkonnektoren zu fördern (siehe <u>Studie</u> des BMWK).

 \blacktriangle

Spatenstich für SuedOstLink und Entwurf zum Netzentwicklungsplan



Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, und Reiner Haseloff, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, haben am 28. März den ersten Spatenstich für den ersten Konverter der geplanten Gleichstromleitung "SuedOstLink" gesetzt (<u>Pressemitteilung</u>). Über die sogenannte Stromautobahn mit einer

Länge von knapp 540 km sollen ab 2027 große Strommengen aus den Windparks in den windreichen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt sowie aus den Windparks in Nord- und Ostsee in die Verbrauchszentren, die sich vor allem im Süden und Westen Deutschlands befinden, transportiert werden. Dieser Stromtransports stellt eine der zentralen Herausforderungen zur Umsetzung der Energiewende in Deutschland und der damit einhergehenden Weiterentwicklung der Strominfrastruktur dar. Der Ausbaubedarf für die Übertragungsnetze wird in einem Zweijahresrhythmus von den vier deutschen Übertragungsnetzbetreibern (ÜNB) im Rahmen eines Netzentwicklungsplans (NEP) definiert. Der NEP bildet die Grundlage für den Bundesbedarfsplan, in dem gesetzlich festgeschrieben wird, welche Ausbaumaßnahmen notwendig sind. Am 24. März haben die ÜNB den ersten Entwurf zum NEP für den Zeitraum von 2023 bis 2037/2045 veröffentlicht. Nach einer öffentlichen Konsultation bis zum 25. April wird ein zweiter Entwurf erarbeitet, der dann bei der Bundesnetzagentur zur Prüfung eingereicht wird.



Onshore: Deutscher Wetterdienst gibt Flächen für Windkraft frei



Der Deutsche Wetterdienst (DWD) gab am 10. März bekannt, dass ab Anfang 2024 knapp 90 % der Schutzzonen um seine Wetterradartürme und Windprofiler für den Bau und Betrieb von Windenergieanlagen freigegeben werden (Pressemitteilung). Diese Gebiete befinden sich in einem Umkreis von 5 km bis 15 km um 18 bestehende und vier im Genehmigungsverfahren befindliche Wetterradarstandorte sowie um vier Windprofiler.

Damit werden circa 16.000 km² für den Bau von Windenergieanlagen in Deutschland freigegeben. Diese Entscheidung steht im Einklang mit der Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie, die Teil des <u>Erneuerbare-Energien-Gesetzes</u> (EEG) ist.

Europa

Einigung von Parlament und Rat bei der EU-Energieeffizienzrichtlinie

Am 10. März haben das Europäische Parlament und der Rat der EU eine vorläufige politische Einigung im Hinblick auf die Novellierung der Energieeffizienzrichtlinie (Energy Efficiency Directive, EED) erzielt. Ziel ist, dass die Mitgliedstaaten gemeinsam eine Verringerung des Endenergieverbrauchs von mindestens 11,7 % im Jahr 2030 erreichen, gemessen am im Jahr 2020 für das Jahr 2030 geschätzten Energieverbrauch. Dies entspricht einer Obergrenze von 763 Mio. t Rohöläquivalent für den Endenergieverbrauch der EU und von 993 Mio. t Rohöläquivalent für den Primärenergieverbrauch. Während die Grenze für den Endverbrauch für die Mitgliedstaaten gemeinsam verbindlich ist, handelt es sich beim Ziel für den Primärenergieverbrauch um einen Richtwert. Gemäß der Einigung sollen die Mitgliedstaaten in ihren integrierten nationalen Energie- und Klimaplänen (NEKP) indikative nationale Beiträge und Zielpfade zur Erreichung des EU-Gesamtziels festlegen. Im Zeitraum von 2024 bis 2030 sollen die Mitgliedstaaten zudem neue jährliche Einsparungen in Höhe von durchschnittlich 1,49 % des Endenergieverbrauchs gewährleisten, die bis zum 31. Dezember 2030 schrittweise auf 1,9 % steigen. Die vorläufige Einigung muss nun von Parlament und Rat final bestätigt werden.

Europäisches Parlament einigt sich auf Position zur Gebäuderichtlinie

Am 14. März hat das Europäische Parlament seine Position zum Vorschlag der EU-Kommission über die neue Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (*Energy Performance of Buildings Directive*, EPBD) verabschiedet (<u>Pressemitteilung</u>). Die Kommission hatte im Dezember 2021 einen <u>Vorschlag</u> zur Novellierung der EPBD vorgelegt, um die im *Fit for 55*-Paket festgelegten Ziele zu erreichen. Wesentlicher Bestandteil der novellierten EPBD soll die Einführung von sogenannten Mindesteffizienzstandards (*Minimum Energy Performance Standards*, MEPS) für den Gebäudebestand sein. Aus Sicht des Parlaments sollen die Fristen, ab denen neue Wohngebäude und neue öffentliche Gebäude emissionsfrei sein müssen, auf 2028, beziehungsweise 2026 vorgezogen werden (anstelle von 2030 und 2027, wie von der Europäischen Kommission vorgesehen). Darüber hinaus sollen alle neuen Gebäude bis 2028 mit Solartechnologien ausgestattet sein. Bei bestehenden Gebäuden sollen Wohngebäude bis 2030 die Mindestenergieeffizienzklasse E und bis 2033 die Mindestklasse D erreichen. Für Nichtwohngebäude und öffentliche Gebäude sieht die Richtlinie Fristen bis 2027 und 2030 vor (siehe <u>DFBEW-Newsletter von März 2023</u>). Nach der erfolgten Positionierung des Parlaments folgen nun die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten der EU.

Frankreich

Öffentliche Anhörung: Label "Hohe Energieeffizienz bei Renovierungen"

Der Erlassentwurf über den Inhalt und die Bedingungen für die Vergabe des Labels "Hohe Energieeffizienz bei Renovierungen" (Haute performance énergétique rénovation, HPE rénovation) wurde bis zum 4. April zur öffentlichen Anhörung (auf Französisch) vorgelegt. Dieses Label ermöglicht die Festlegung von Mindestanforderungen für energetische Gebäudesanierungen, die mit den im Rahmen des Umweltgipfels (Grenelle de l'environnement, auf Französisch) formulierten Zielen übereinstimmen. Dieses Label knüpft die Möglichkeit für den Erhalt bestimmter finanzieller Zuwendungen an Bedingungen. Der Entwurf sieht neue Bedingungen für die Vergabe des Labels für Wohngebäude vor und führt insbesondere den Bezug zu der Klassifizierung durch die Energieeffizienzdiagnose (diagnostic de performance énergétique, DPE) ein. Das erste Niveau, das in BBC rénovation 2023 (Bâtiment à basse consommation, BBC, Niedrigenergiehaus) umbenannt werden soll, entspricht dem Erreichen der Klasse B des DPE und der Erfüllung neuer Anforderungen. Das Niveau HPE rénovation soll in BBC rénovation 2023-première étape umbenannt werden und mindestens der Klasse C des DPE entsprechen.

Deutschland

BMWK und BMWSB: Konkretisierung der Maßnahmen zum erneuerbaren Heizen



Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) haben einen gemeinsamen Entwurf für eine Änderung des <u>Gebäudeenergiegesetzes</u> (GEG) erarbeitet. Hintergrund ist, dass die im Koalitionsvertrag

vorgesehene Maßnahme, von 2025 an möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 % mit erneuerbaren Energien zu betreiben, angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine auf den 1. Januar 2024 vorgezogen werden soll (Dokument zur Konzeption). Nach der nun zunächst anstehenden Konsultation von Verbänden und Bundesländern soll der Gesetzentwurf noch im Laufe des Aprils im Kabinett verabschiedet werden. Im Kontext einer bereits vor der offiziellen Veröffentlichung großen öffentlichen Debatte über den Entwurf und ein potenzielles "Gasheizungsverbot" hat das BMWK die geplanten Maßnahmen klarifiziert: Die Pflicht zur Erfüllung des 65 Prozent-Erneuerbaren-Anteils solle nur für den Einbau neuer Heizungen gelten. Auch Ausnahmen seien vorgesehen. Bestehende Heizungen dürfen weiter betrieben und repariert werden. Sofern Gas- oder Ölheizungen irreparabel seien, würden Übergangslösungen und mehrjährige Übergangsfristen bestehen und es sei kein sofortiger Umstieg auf eine Erneuerbaren-Heizung notwendig. Zudem dürfen Gasheizungen in Bestandsgebäuden weiterhin eingebaut werden, sofern sie mit 65 % grünen Gasen oder in Kombination mit einer Wärmepumpe betrieben werden. Außerdem sei ein Förderprogramm geplant, das den Umstieg besonders für untere und mittlere Einkommensgruppen finanziell abfedern solle.

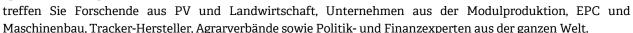
1

Veranstaltungen und Publikationen der DFBEW-Mitglieder

Veranstaltungen

AgriVoltaics Conference:

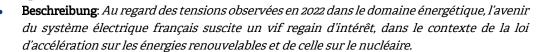
- Wann: 12.-14. April 2023
- Wo: Daegu, Südkorea und Online
- Sprache: Englisch
- Beschreibung: Die <u>AgriVoltaics2023</u> Konferenz widmet sich aktuellen Fragen und Lösungsansätzen rund um die Agri-Photovoltaik. Das <u>Themenspektrum</u> reicht von Agrarwissenschaften über Hydrologie und Solarenergie bis hin zu systemischen Aspekten und sozioökonomischen Studien. Auf der Konferenz

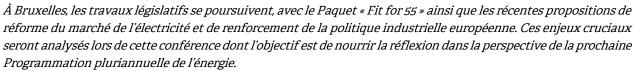


- Sonderkonditionen: DFBEW-Mitglieder erhalten mit dem Code 2C6FF29 10 % Rabatt auf Tickets.
- Programm und Anmeldung: <u>www.agrivoltaics-conference.org</u>

L'avenir du système électrique français et son insertion dans le système européen:

Wann: 13. April 2023Wo: Paris und onlineSprache: Französisch





• **Programm und Anmeldung:** https://www.ifri.org/fr/debats/lavenir-systeme-electrique-francais-insertion-systeme-europeen-o

HANNOVER MESSE 2023 – Weltleitmesse der Industrie:

• **Wann**: 17.-21. April 2023

• **Wo**: Hannover

Beschreibung: Die HANNOVER MESSE 2023 wird zeigen, welchen Unterschied die ausstellenden Unternehmen machen können, welche Veränderungen sie vorantreiben und welche Innovationen sie entwickeln – auf dem Weg zu einer smarten, energieeffizienten und nachhaltigen

Industrie. Darauf zahlt das Leitthema der HANNOVER MESSE ein: "Industrial Transformation – Making the Difference".

Von der Digitalisierung komplexer Produktionsprozesse über den Einsatz von Wasserstoff zum Betrieb ganzer Produktionsanlagen bis hin zur Anwendung von Software zur Erfassung und Reduzierung des Co2-Fußabdrucks bietet die HANNOVER MESSE ein ganzheitliches Bild der technologischen Möglichkeiten für die Industrie von heute und morgen.

Programm und Anmeldung: <u>www.hannovermesse.de</u>









Wirtschaftstreffen der deutsch-okzitanischen Festwochen:

- Wann: 18.-19. April 2023
- Wo: Narbonne und online
- Beschreibung: Das Thema der industriellen Commons scheint für einen neuen strategischen Ansatz Europas von grundlegender Bedeutung zu sein. Selbst wenn die Europäer ihre strategischen Abhängigkeiten aktiver reduzieren müssen, müssen sie gleichzeitig ein neues Risiko der Konzentration technologischer Innovation und Produktion und damit neue Abhängigkeiten von China und den DU 3 AU 21 AVAIL 2023



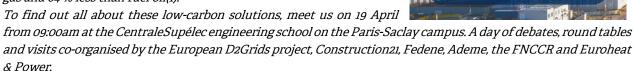
USA, die in diesem technologischen Wettlauf engagiert sind, antizipieren. Darin liegen die Herausforderungen des Wandels der Globalisierung, um die europäische Debatte auf der richtigen strategischen Ebene anzusiedeln. All dies muss jedoch über eine Lockerung der Regeln für staatliche Beihilfen erfolgen, wobei das Ziel darin bestehen muss, neue Wertschöpfungsketten in Europa zu schaffen und mit China und den USA gleichzuziehen, was alle kritischen Technologien betrifft.

Die Konferenz sollte Teilnehmer zusammenbringen, die über die Hebel diskutieren können, die Europa zur Verfügung stehen, um seine industrielle und digitale Souveränität durch eine Reihe von Gesetzesinitiativen zu stärken, die für die Zukunft der EU strukturbildend sind. Und hier ist eine Einigung zwischen Deutschen und Franzosen unerlässlich.

Programm und Anmeldung: https://15francoallemandeoccitanie.fr/les-rencontres-economiques-et-citoyennes/

District heating and cooling grids, key to energy transition.

- **Wann**: 19. April 2023
- Wo: Paris-Saclay
- **Beschreibung**: Representing 50 % of the energy consumption of industry and buildings, the heating and cooling sector must undergo a profound transformation to be decarbonised. Local low-temperature energy loops are key to this transformation. They emit 54 % less carbon than natural gas and 64 % less than fuel oil(1).



Programm und Anmeldung: https://www.construction21.org/articles/h/how-to-decarbonise-heating-and-coolingon-a-european-and-global-scale.html

Windbranchentag Schleswig-Holstein - Energiewende Schleswig-Holstein: Kommunal und Digital:

- Wann: 26. April 2023
- Wo: Husum
- Beschreibung: Kurz vor den schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen trifft sich die Windbranche in Husum. Wir sprechen über die Perspektive der Windenergie im Land und darüber, was die Kommunen brauchen oder machen können, um selbst wegweisende Energiewendeprojekte aktiv mitzugestalten. Das Augenmerk liegt auf den Kommunen, doch auch Land und Bund haben bei der Energiewende ein gehöriges Wort mitzureden.



Programm und Anmeldung: https://www.bwe-seminare.de/veranstaltungen-windbranchentag-schleswigholstein-2?utm_source=DFBEW-nl&utm_medium=email&utm_campaign=VA_23-11-01&utm_content=tba

District heating and cooling grids,

key to energy transition

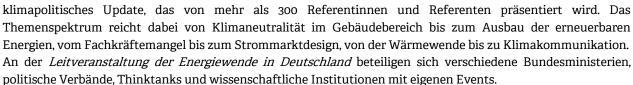
Wednesday, 19th April 2023

Paris-Saclay

ENERGIETAGE 2023:

- Wann: 3.-5. Mai (digital) und 22.-23. Mai (Präsenz in Berlin)
- Wo: Digital und in Berlin
- Beschreibung: Unter dem Motto "Energiewende: jetzt! gemeinsam!" finden die **ENERGIETAGE** statt. Ab sofort ist die kostenfreie Anmeldung unter www.energietage.de möglich.

Die ENERGIETAGE umfassen rund 100 einzelne Veranstaltungen. Sie verschaffen den Teilnehmenden ein umfassendes energie- und



Programm und Anmeldung: www.energietage.de

Symposium Solarthermie und innovative Wärmesysteme:

- Wann: 9.-11. Mai 2023
- Wo: Kloster Banz, Bad Staffelstein
- Beschreibung: Die vielen Einsatzmöglichkeiten der Solarthermie in Kombination mit Wärmepumpen oder in Nah-Fernwärmenetzen erfordern intensive Diskussionen zwischen Herstellern, Wissenschaft, Versorgern und Politik. Das Symposium Solarthermie und innovative Wärmesysteme hat sich als Branchentreffen für diesen Austausch etabliert.
- Sonderkonditionen: DFBEW-Mitglieder erhalten mit dem Code DFBEW_STSymposium 10 % Rabatt auf Tickets.
- Programm und Anmeldung: www.solarthermie-symposium.de



Wann: 10.-11. Mai 2023

Wo: Lyon

Sprache: Französisch und Englisch

- Beschreibung: MIX.E, Tech & Solutions event for a carbon neutral energy mix. At the crossroads of a conference and an exhibition showroom, the multi-energy offer (from material to system) is a concentrate of operational solutions. It offers companies and local authorities energy innovations and services to rethink their energy uses and strategies. It is THE European meeting place where energy projects become reality.
- Programm: http://mix-energy.com/en/home/
- Anmeldung: Gratis bei Voranmeldung, kostenpflichtig vor Ort (50 € zzgl. MwSt.)
- Einladug zum CLUB ASIDE, gerichtet an Führungskräfte, CEOs und Vorstandsmitglieder unter den DFBEW-Mitgliedern: Der Club Aside MIX.E ist ein privilegierter Treffpunkt für 300 Führungskräfte/Entscheidungsträger, die Vorstandsmitglieder sind: Industrieunternehmen, gewählte Vertreter, Energieversorger, Finanziers, Start-ups, Forscher, technische Zentren, denn Energie geht nun ALLE Fachleute etwas an.
 - In wenigen Worten die wichtigsten Grundsätze: o Profile von Vorstandsmitgliedern (keine kommerziellen Abteilungen)
 - o VIP-Pass + spezieller Empfang im Eingangsbereich der MIX.E-Messe
 - o Zugang zu einem für diese Termine reservierten Bereich, VIP-Lounge (offene Bar und Cocktail-Lunch)
 - o Einsicht in alle angemeldeten Profile (über ein Webinterface) für die Kontaktaufnahme und die Verwaltung Ihres Terminkalenders
 - o Keine Verpflichtung, an beiden Tagen anwesend zu sein

Sie erhalten zusätzlich Zugang zum Kongress (50 Vorträge) und zur Ausstellung (200 Aussteller), so dass Sie neue Kontakte knüpfen können, die bei der Konkretisierung Ihrer energieeffizienten Projekte helfen können.

Anmeldung zum Club Aside: Hier geht es zum Anmeldeformular.







Seminar GO WEST FRANKREICH:

Organisator: Sterr-Kölln & Partner und Spreewind

Wann: 10. Mai 2023 Wo: Hannover

Beschreibung: Welche aktuellen Entwicklungen gibt es im

anmelden Bereich der Erneuerbaren Energien (EE) in Frankreich? Diese Frage werden die Rechtsexpert:innen von Sterr-Kölln & Partner sowie weitere externe Referentinnen, darunter Lucie Lochon, Referentin Windenergie im DFBEW, beantworten und unter anderem über diese Themen sprechen:

- Welche Entwicklungen gibt es bei den Fördertarifen?
- Wie kann das Beschleunigungsgesetz für EE (loi relative à l'accélération des énergies renouvelables) genutzt werden?
- Welche weiteren Maßnahmen hat die Regierung zugunsten der EE in Frankreich ergriffen?

Auch der persönliche Austausch und das Netzwerken sollen nicht zu kurz kommen. Daher wird es ein ausgedehntes Mittagessen mit Thementischen geben, an denen die Teilnehmenden vertiefende Gespräche bei leckerem Essen führen können.

Die Veranstaltung richtet sich an Projektentwickler:innen, Banken und Investor:innen, die bereits in Frankreich tätig sind und Marktkenntnisse haben.

- Sonderkonditionen: DFBEW-Mitglieder erhalten 20 % Rabatt auf Tickets.
- Programm und Anmeldung: https://go-seminare.de/programm/

Wind-Fachkonferenz: Service Instandhaltung Betrieb:

Wann: 11.-12. Mai 2023

Wo: Hamburg

Beschreibung: Informieren Sie sich über die wichtigsten gesetzlichen Neuerungen für einen rechtssicheren Windparkbetrieb – Die bedarfsgesteuerte Nachtkennzeichnung von Windanlagen (BNK) goes



GO WEST FRANKREICH

live: Betreiber sollten ihre Anlagen inzwischen umgerüstet haben, sonst drohen Pönale. Diskutieren Sie mit uns den Stand der Umsetzung und was im Fall der Fälle getan werden kann. Erhalten Sie ein Update zur Richtlinie TR10 (Bestimmung der Standortgüte nach Inbetriebnahme) und welche Anforderungen an Rettungskonzepte für Windkraftanlagen gelten, wie Rettungskonzepte praxistauglich erstellt und Vorfälle über das Notfallinformationssystem WEA-NIS gemeldet werden.

Programm und Anmeldung: https://www.bwe-seminare.de/veranstaltungen-konferenz-service-instandhaltungbetrieb?utm source=DFBEW-nl&utm medium=email&utm campaign=VA 23-02-01&utm content=tba

<u>Tiefengeothermie am Oberrhein: Akzeptanz als Erfolgsfaktor:</u>

- Wann: 15. Juni 2023
- **Wo**: Landau in der Pfalz
- Beschreibung: Der 8. Trinationale Klima- und Energiekongress, den TRION-climate e.V. im Auftrag der Oberrheinkonferenz organisiert, beleuchtet soziale, technische und rechtliche Aspekte zur Förderung der Akzeptanz von Projekten zur Erdwärmenutzung und zur Lithiumgewinnung.
- Programm und Anmeldung: https://trion-climate.net/news-details/8-trinationaler-klima-und-energie-kongressder-de-fr-ch-oberrheinkonferenz

Seanergy 2023:

Wann: 20.-21. Juni 2023

Wo: Paris

Sprache: Französisch & Englisch

- Beschreibung: Verpassen Sie nicht #Seanergy2023! Das internationale Offshore-Treffen findet am 20. und 21. Juni 2023 in Paris Porte de Versailles statt. Treffen Sie die wichtigsten europäischen Akteure der Branche und nutzen Sie die zahlreichen Veranstaltungsformate.
- Sonderkonditionen: DFBEW-Mitglieder erhalten mit dem Code S2023_OFATE* 10 % Rabatt auf Tickets.
- Programm und Anmeldung: https://www.seanergyforum.com/en/seanergy2023?utm source=OFATE&utm medium=article+%26+newsletter&utm campaign=partn er&utm_id=2023





Proud supporter of #Seanergy2023

Volkswirtschaftliche Folgekosten durch Klimawandel: Szenarienanalyse bis 2050



Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Prognos AG und die Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung (GWS) haben eine <u>Studie</u> zu den zu erwartenden Kosten durch den Klimawandel bis 2050 veröffentlicht. Sie wurde im Rahmen des Projekts "Kosten durch Klimawandelfolgen in Deutschland" veröffentlicht. Dabei werden unterschiedliche Klimawandel-

Entwicklungsszenarien betrachtet. Laut den Ergebnissen werden die durch den Klimawandel verursachten Kosten im Zeitraum 2022-2050 zwischen 280 Mrd. € bei schwachem Klimawandel und 910 Mrd. € bei starkem Klimawandel betragen. Die Studie hebt auch die indirekten Kosten hervor, die durch extreme Wetterereignisse wie Überschwemmungen und Hitze verursacht werden. Zudem zeigt sie, dass diese Kosten durch Anpassungsmaßnahmen gesenkt werden können.

Statistik der erneuerbaren Energien-Leistungen 2023



Die Internationale Agentur für erneuerbare Energien (*International Renewable Energy Agency*, IRENA) hat ihre <u>Statistik</u> der erneuerbaren Energien Leistungen 2023 (*Renewable capacity statistics 2023*, auf Englisch) veröffentlicht. Die Daten zeigen, dass der Ausbau der erneuerbaren

Energien weltweit weiter wächst der Bestand an eben diesen stieg zwischen 2021 und 2022 um 9,6 %. Asien, die USA und Europa sind die Regionen, in denen die Entwicklung am stärksten war. Die <u>Kurzfassung</u> (auf Englisch) hebt die wichtigsten Erkenntnisse nach erneuerbaren Energiequellen hervor.

Andere Publikationen, die in diesem Monat veröffentlicht wurden:

- Agence de la transition écologique (ADEME, März 2023), "<u>Projet PREESC Potentiel de Réserve Énergétique Éolienne</u> en Situation de Crise" (Das PREESC-Projekt - Potenzial für Energiereserven aus Windenergie in Krisensituationen)
- Agentur für Erneuerbare Energien (AEE), Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Institut für ZukunftsEnergie- und Stoffstromsysteme (IZES, März 2023), "Die Energiewende in Kommunen Zusammenhänge von regionaler Wertschöpfung, lokaler Akzeptanz und finanzieller Beteiligung"
- Internationale Energie Agentur (IEA, März 2023), "CO2 Emissions in 2022"
- Ember (Februar 2023), "Fit for the future, not Fit-for-55"
- Énergie Partagée (März 2023), "<u>L'énergie citoyenne, qu'est-ce que ça change? Focus sur l'impact social de l'énergie citoyenne</u>" (Was ändert Bürgerenergie? Fokus auf die sozialen Auswirkungen von Bürgerenergie)
- Fachagentur Windenergie an Land (März 2023), "Überblick Abstandsempfehlungen und Vorgaben zur Ausweisung von Windenergiegebieten in den Bundesländern"
- Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW, März 2023), "<u>Breite Zustimmung zum Ausbau der erneuerbaren Energien in</u> Deutschland"
- Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW, März 2023), "Zwischen Heizkosten und Klimaschutz: Wie blicken die Menschen in Deutschland auf aktuelle Politikmaßnahmen?"
- Leibniz-Institut für Angewandte Geophysik (LIAG, März 2023), "Cross-Impact-Studie zur nationalen Erdwärmekampagne Relevanz- und Einflussanalyse zum Ausbauziel 10 TWh/a aus Tiefer Geothermie bis 2030 unter Einbeziehung der Industrieexpertise"
- Observatoire national de la rénovation énergétique (ONRE, Februar 2023), "<u>Les rénovations énergétiques aidées du</u> secteur résidentiel entre 2016 et 2020" Résultats provisoire" (Geförderte energetische Renovierungen im Wohnbereich zwischen 2016 und 2020 Vorläufige Ergebnisse)
- Öko-Institut (März 2023), "Mehrfamilienhäuser: Der blinde Fleck der sozialen Wärmewende"
- Syndicat des énergies renouvelables (März 2023), "<u>Panorama des gaz renouvelables en 2022</u>" (Panorama der erneuerbaren Gase 2022)
- Umweltbundesamt (März 2023), "Entwicklung eines Konzepts und Maßnahmen zur Sicherung einer guten Praxis bei Rückbau und Recycling von Windenergieanlagen"
- Umweltbundesamt (März 2023), "Erneuerbare Energien in Deutschland 2022"